

Deutschland-Daun: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

OJ S 101/2023 26/05/2023

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Krankenhaus Maria Hilf GmbH

Postanschrift: Maria-Hilf-Strasse 2

Ort: Daun

NUTS-Code: DEB24 Vulkaneifel

Postleitzahl: 54550

Land: Deutschland

E-Mail: KH-Daun@Bieteranfrage.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <https://www.krankenhaus-maria-hilf.de/>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YJV6XMT/documents>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YJV6XMT>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

Offizielle Bezeichnung: Vergabeberatungsstelle Klaeser GmbH

Postanschrift: Auf dem Kalk 5

Ort: Montabaur

NUTS-Code: DEB1B Westerwaldkreis

Postleitzahl: 56410

Land: Deutschland

E-Mail: KH-Daun@Bieteranfrage.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.Vergabeberatungsstelle.de

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Andere: Krankenhausgesellschaft

I.5. Haupttätigkeit(en)

Gesundheit

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Für die Maßnahme "Umbau der Zentralen Notaufnahme im Krankenhaus Daun" hat der Auftraggeber bereits die erforderlichen Planungsleistungen bis einschließlich Leistungsphase 2 erarbeiten lassen. Darauf aufbauend sollen nun die weiteren Planungsleistungen nach Fachlosen getrennt vergeben werden.

Die Notaufnahme des Krankenhauses soll den Anforderungen an die G-BA (Regelungen des Gemeinsamen Bundesausschusses zu einem gestuften System von Notfallstrukturen in Krankenhäusern gemäß § 136c Abs. 4 SGB V), hier: erweiterte Notfallversorgung - Stufe 2, entsprechen. Daher muss die zentrale Notaufnahme eine organisatorisch der Notaufnahme angeschlossene Beobachtungsstation von mindestens 6 Betten umfassen, dort sollen die Notfallpatienten in der Regel unter 24 Stunden verbleiben, bis der weitere Behandlungsweg medizinisch und organisatorisch geklärt ist.

Die Durchführung der Arbeiten erfolgt bei laufendem Krankenhausbetrieb.

Gegenstand dieses Loses (Los 01) sind die Objektplanungsleistungen für Gebäude nach § 34 HOAI und zwar die Leistungsphasen 3 und 5-9.

Die Planungsleistungen für die Fachplanung der Technischen Ausrüstung sind nicht Bestandteil dieses Verfahrens, sondern werden in einem gesonderten Fachlos (Los 02) ausgeschrieben.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEB24 Vulkaneifel

Hauptort der Ausführung: Krankenhaus Maria-Hilf Maria-Hilf-Straße 2 54550 Daun

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Gegenstand des Verfahrens ist die Erbringung von Planungsleistungen für Objektplanung Gebäude (§ 34 HOAI, Leistungsphasen 3, 5-9) sowie die in diesem Zusammenhang erforderlichen Besonderen Leistungen.

Die vergebende Stelle beabsichtigt eine stufenweise Vergabe der Planungsleistungen.

In der Leistungsstufe 1 sollen die Leistungsphasen 3, 5 und 6 für Leistungen nach § 34 HOAI sowie die in diesen Phasen erforderlichen Besonderen Leistungen beauftragt werden.

In der Leistungsstufe 2 beabsichtigt die vergebende Stelle die Vergabe der Leistungsphasen 7 bis 9 nach § 34 HOAI sowie die in diesen Phasen erforderlichen Besonderen Leistungen.

Die auf die Leistungsstufe 1 aufbauenden Leistungen werden optional ausgeschrieben.
Auf die Beauftragung der weiteren Leistungen/Stufen besteht kein Rechtsanspruch.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 3

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Gegenstand des Verfahrens ist die Erbringung von Planungsleistungen für Objektplanung Gebäude (§ 34 HOAI, Leistungsphasen 3, 5-9) sowie die in diesem Zusammenhang erforderlichen Besonderen Leistungen.

Die vergebende Stelle beabsichtigt eine stufenweise Vergabe der Planungsleistungen.

In der Leistungsstufe 1 sollen die Leistungsphasen 3, 5 und 6 für Leistungen nach § 34 HOAI sowie die in diesen Phasen erforderlichen Besonderen Leistungen beauftragt werden.

Die Leistungsphase 4 wird optional ausgeschrieben.

In der Leistungsstufe 2 beabsichtigt die vergebende Stelle die Vergabe der Leistungsphasen 7 bis 9 nach § 34 HOAI sowie die in diesen Phasen erforderlichen Besonderen Leistungen.

Die auf die Leistungsstufe 1 aufbauenden Leistungen werden optional ausgeschrieben.

Auf die Beauftragung der weiteren Leistungen/Stufen besteht kein Rechtsanspruch.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Erläuterung der Fristenangabe zur Laufzeit des Vertrages:

Innerhalb der unter II.2.7) genannten Zeitspanne sind die Planungsleistungen so zu erbringen, dass die Vorlage der HU-Bau binnen dieser Frist von 3 Monaten nach Auftragserteilung sichergestellt ist. Weitere Fristen werden einvernehmlich festgelegt.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Angaben, die mit dem Angebot vorzulegen sind:

1.) Eigenerklärung des Bewerbers/Bieters, dass in der Person des Bewerbers/Bieters oder durch ein Verhalten seiner Person oder durch das Verhalten einer Person, die dem Bewerber /Bieter zuzurechnen ist, keine Ausschlussgründe nach § 123 GWB begründet sind.

- 2.) Eigenerklärung des Bewerbers/Bieters, dass in der Person des Bewerbers/Bieters oder durch ein Verhalten seiner Person oder durch das Verhalten einer Person, die dem Bewerber/Bieter zuzurechnen ist, keine Ausschlussgründe nach § 124 GWB und nach §§ 19, 21 MiLoG begründet sind.
- 3.) Eigenerklärung des Bewerbers/Bieters, dass er seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nachgekommen ist.
- 4.) Eigenerklärung des Bewerbers/Bieters, dass keine Abhängigkeiten von Ausführungs- und Lieferinteressen bestehen (gemäß § 73 Abs. 3 VgV). Gehört der Bewerber/Bieter einer Gruppe von Unternehmen an, hat er mit seinem Angebot zu erklären, inwieweit er mit den weiteren Unternehmen verknüpft ist.
- 5.) Eigenerklärung des Bewerbers/Bieters gemäß Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833 /2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Nichtzugehörigkeit zu den genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen.
- 6.) Nachweis des Bieters über die Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister bzw. ein den Rechtsvorschriften seines Sitzstaates entsprechender Nachweis (wie Handelsregister, Partnerschaftsregister, Berufskammern der Länder).

Auf Verlangen der Vergabestelle sind durch den Bewerber/Bieter zum Beleg seiner Eigenerklärungen entsprechende Eignungsnachweise vorzulegen wie Bescheinigung in Steuersachen des Finanzamtes, Unbedenklichkeitsbescheinigung der Krankenkassen/der Berufsgenossenschaft.

Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen bzw. einzuholen.

Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären.

Will sich der Bewerber/Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auch vom Dritten abzugeben.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Angaben, die mit dem Angebot vorzulegen sind:

- 1.) Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers/Bieters und seinen Umsatz für die Dienstleistungen, die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind, in den letzten drei Geschäftsjahren (§ 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV).
- 2.) Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistungen sich der Bewerber/Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmer bedient, und dass die dann erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen (§ 47 Abs. 1 VgV).

Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen (z.B. Bilanzen, EÜ-Rechnungen, BWAs), zu verlangen bzw. einzuholen.

Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bewerber/Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auch vom Dritten abzugeben.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Der Bewerber/Bieter hat eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung nachzuweisen, deren Deckungssumme

für Personenschäden mindestens 5.000.000 EUR und
für Sach- und Vermögensschäden mindestens 5.000.000 EUR
beträgt (§ 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV).

Die vorgenannten Mindestdeckungssummen müssen für die Personen-, Sach- und
Vermögensschäden mind. zweifach pro Versicherungsjahr zur Verfügung stehen.

Dies ist durch eine Bescheinigung der Versicherung nachzuweisen, dass die vorgenannten
Versicherungssummen im Auftragsfall zur Verfügung stehen.

Die geforderten Nachweise sind mit dem Angebot einzureichen.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Angaben, die mit dem Angebot vorzulegen sind:

- 1.) Angabe der zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen, namentlich genannt und
unter Nennung der jeweiligen Befähigung zur Berufsausübung (i.S.d. § 46 Abs. 3 Nr. 2 und Nr.
6 VgV);
- 2.) Erläuterung, aus der die Anzahl der Beschäftigten und deren Ausbildung der letzten 3
Jahre (Führungspersonal, Architekten, Ingenieure, Techniker etc.) hervorgeht (i.S.d. § 46 Abs.
3 Nr. 8 VgV);
- 3.) Angaben des Teils des Auftrages, den der Bewerber/Bieter unter Umständen an Dritte
vergeben will.

Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur
Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen bzw. einzuholen.

Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes
Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären.

Will sich der Bewerber/Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die
Auskünfte auch vom Dritten abzugeben.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

I) Mindestanforderung an die Bürogröße:

Objektplaner Gebäude und dessen Stellvertretung:

Der Bieter muss ein Planungsteam von mindestens 2 Personen anbieten, dessen Mitglieder
über die Qualifikation eines abgeschlossenen Studiums des Bauingenieurwesens oder der
Architektur verfügen und eine Berufserfahrung von mindestens 8 Jahren nach Abschluss des
Studiums für diesen Planungsbereich von Krankenhausbauten nachweisen.

Für die zweite Person (Stellvertretung) ist eine Berufserfahrung von mindestens 5 Jahren im
Planungsbereich Krankenhausbauten nachzuweisen.

Bauüberwachung und dessen Stellvertretung:

Der Bieter muss ein Team von mindestens 2 Personen anbieten, dessen Mitglieder über die
Qualifikation eines abgeschlossenen Studiums des Bauingenieurwesens oder der Architektur
verfügen und eine Berufserfahrung von mindestens 8 Jahren nach Abschluss des Studiums in
der Bauüberwachung vergleichbarer Projekte nachweisen.

Für die zweite Person (Stellvertretung) ist eine Berufserfahrung von mindestens 5 Jahren in
der Bauüberwachung vergleichbarer Projekte nachzuweisen.

Die geforderte Eignung hat zum Einreichungstermin für die Angebote vorzuliegen und ist
zwingend mit dem Angebot durch Ausbildungsnachweise und nachprüfbare Referenzen
/Arbeitsnachweise/Lebenslauf zum Beleg der geforderten Berufserfahrung nachzuweisen.

Der Bieter oder muss nach § 64 LBauO Rheinland-Pfalz bauvorlageberechtigt sein. Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe entsprechende Architekten/Ingenieure benennen.

II) Mindestanforderung an die Erfahrung des Bieters:

Der Bieter hat seine besondere Erfahrung mit dem Neubau oder dem Umbau von Gebäuden mit vergleichbarer Nutzung durch geeignete Referenzen nachzuweisen.

Geeignet sind solche Referenzen, die die nachfolgenden Anforderungen an die Vergleichbarkeit erfüllen und im Rahmen derer die Projekte kosten- und termingerecht abgewickelt wurden.

Es sind mindestens 3 Referenzobjekte für die Objektplanung Gebäude anzugeben, die die nachfolgenden Bedingungen erfüllen:

Alle Referenzen müssen den Neubau oder den Umbau (=Umbau/Anbau/Sanierung /Erweiterung) von Funktionsräumen mit mind. vergleichbaren technischen und hygienischen Anforderungen und einer Summe der Kostengruppe 300 von mindestens 750.000 EUR netto zum Inhalt haben.

Bei allen Referenzen müssen mindestens die Planungsleistungen für die Leistungsphasen 3, 5-6 und 8 erbracht worden sein, wobei der Abschluss der Leistungsphase 8 nach dem 1.1.2015 erfolgt sein muss. Davon

- darf max. eine Referenz noch in der baulichen Umsetzung sein,
 - muss mind. eine Referenz den Neubau, Umbau oder die Erweiterung einer Zentralen Notaufnahme beinhalten,
 - muss mind. eine Referenz den Umbau eines Krankenhauses oder Klinik im laufenden Betrieb beinhalten
 - muss mind. eine Referenz die Vergabe der Bauleistungen nach VOB/A zum Inhalt haben
- Für alle Referenzen hat der Bieter/Bewerber Auskunft darüber zu geben, wie sich die Bauzeit und die Baukosten entwickelt haben (Vergleich Ergebnisse der LP 3, LP 7 und nach Abschluss der LP 8). Abweichungen zwischen den Projektergebnissen und dem Kostenanschlag sowie der geplanten Bauzeit zum Zeitpunkt der Vergabe sind zu begründen. Hinsichtlich aller Referenzen ist darzustellen, inwieweit die im Rahmen der Referenzobjekte erbrachten Leistungen von den zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen erbracht worden sind. Zu allen Referenzen hat der Bieter/Bewerber den Namen, die Anschrift und die Kontaktdaten des Referenzgebers mitzuteilen.
- Für die Referenzangaben können die vorbereiteten Listen (siehe Referenzbögen) genutzt werden. Die Referenzangaben sind mit dem Angebot einzureichen.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Zugelassen ist, wer nach den Architektengesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Architekt zu tragen, oder nach den EG-Richtlinien, insbesondere der Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt tätig zu werden.

Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe entsprechende Ingenieure benennen.

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Der Auftraggeber wendet das Landestariftreuegesetz (LTTG) Rheinland-Pfalz an.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 06/07/2023 Ortszeit: 12:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 31/08/2023

IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 06/07/2023 Ortszeit: 12:00

Ort:

Die Angebotsöffnung findet ausschließlich elektronisch statt.

Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: Bieter oder deren Bevollmächtigte sind nicht zugelassen.

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

1.) Die Vergabeunterlagen sind ausschließlich digital über die Vergabepattform erhältlich. Ggf. erforderliche Änderungen an diesen Unterlagen oder zusätzliche Informationen werden ebenfalls ausschließlich über die Vergabepattform kommuniziert. Registrierte Bieter werden hierüber automatisch informiert. Es wird daher empfohlen, die Unterlagen mit Registrierung zu beziehen. Werden Vergabeunterlagen anonym heruntergeladen, liegt die Information über die Aktualität dieser Unterlagen in der alleinigen Verantwortung des unregistrierten Bieters.

2.) Hinsichtlich der erbetenen Auskünfte zur Erfüllung der Eignungsanforderungen stehen Formularvordrucke zur Verfügung, die die Bieter verwenden sollen. Die Verwendung der Formularvordrucke wird für die Erstellung des Angebotes empfohlen, maßgeblich bleibt der Inhalt der EU-Bekanntmachung.

- 3.) Anfragen von Bietern werden nur in Textform über die Vergabeplattform, per E-Mail oder Fax von der unter I.3) genannten Kontaktstelle entgegengenommen und von der Vergabestelle ausschließlich in Textform über die Vergabeplattform beantwortet. Anfragen sollen bis spätestens 10 Tage vor Ablauf der Einreichungsfrist für die Angebote gestellt werden.
- 4.) Der Versand der Informations- und Absageschreiben gemäß § 134 GWB erfolgt grundsätzlich über die Vergabeplattform an die plattformseitig hinterlegten Kontaktdaten des Bieters bzw. an die hinterlegten Kontaktdaten der das Angebot einreichenden Stelle. Im Falle des Angebotes einer Bietergemeinschaft erfolgt die Korrespondenz der Vergabestelle grundsätzlich über die Vergabeplattform an die plattformseitig hinterlegten Kontaktdaten des bevollmächtigten Mitglieds der Bietergemeinschaft bzw. an die hinterlegten Kontaktdaten der das Angebot einreichenden Stelle.
- 5.) Ergänzende Informationen oder sonstige Korrespondenz der Vergabestelle erfolgen grundsätzlich über die Vergabeplattform.
- 6.) Die Angebote sind mit den geforderten Erklärungen und Nachweisen bis zum Ablauf der jeweiligen Einreichungsfrist elektronisch in Textform über die unter I.3) angegebene Vergabeplattform einzureichen.
- 7.) Ausländische Bieter haben geforderte Nachweise/Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Bei Dokumenten, die nicht in deutscher Sprache verfasst sind, ist eine beglaubigte Übersetzung ins Deutsche beizufügen.
- 8.) Die Abgabe von schriftlichen Teilnahmeanträgen/Angeboten (in Papierform) ist nicht zugelassen.

Bekanntmachungs-ID: CXP4YJV6XMT

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz

Postanschrift: Stiftstraße 9

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwvlw.rlp.de

Telefon: +49 6131162234

Fax: +49 6131162113

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Von Bewerbern/Bietern erkannte Verstöße der vergebenden Stelle gegen das geltende Vergaberecht hat der Bieter bei der vergebenden Stelle gemäß den Fristen des § 160 Abs. 3 GWB zu rügen. Erklärt die vergebende Stelle, dass sie einer Rüge nicht abhelfen will, hat der Bewerber/Bieter binnen einer Frist von 15 Tagen bei der unter VI. 4.1) genannten Stelle einen Nachprüfungsantrag zu stellen.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

23/05/2023